Zu 575

Bericht

des

Bundesrates an die Bundesversammlung über den Bundesratsbeschluss vom 31. Dezember 1920 betreffend Ausrichtung einer Winterzulage an Arbeitslose.

(Vom 29. März 1921.)

Von verschiedenen Seiten wurde gegen Ende 1920 an den Bundesrat das Begehren gestellt, die Unterstützungsansätze für Arbeitslose, wie sie im Bundesratsbeschluss vom 29. Oktober 1919 betreffend Arbeitslosenunterstützung vorgesehen sind, zu erhöhen. Der Bundesrat hielt es für angezeigt, von einer allgemeinen Erhöhung abzusehen, dafür aber mit Rücksicht auf die vermehrten Auslagen für Heizung, Licht, Nahrung und Kleidung während des Winters eine Winterzulage in Aussicht zu nehmen.

Da einerseits die Regierungen grösserer, von der Arbeitslosigkeit betroffener Kantone zu einer raschen Lösung drängten und anderseits die Belastung der Betriebsinhaber mit einem Teil dieser Erhöhung längere Verhandlungen vorausgesetzt hätte, wodurch eine Verzögerung entstanden wäre, so wurde von einer solchen Belastung Umgang genommen und die Mehrkosten ausschliesslich dem Bund und den Kantonen überbunden. Mit einer Erhöhung waren aber nicht alle Kantone einverstanden und sie rechtfertigte sich auch nicht überall, namentlich nicht in den ländlichen Kantonen und in den Kantonen mit geringer Arbeitslosigkeit. Die Lösung konnte daher nur darin bestehen, dass den Kantonen die Ermächtigung zur Ausrichtung einer Winterzulage erteilt wurde. Auf diese Weise wurde es möglich, in den einzelnen Kantonen unter Berücksichtigung der besondern Verhältnisse zu verfahren.

Auf dieser Grundlage beruht der Bundesratsbeschluss betreffend Ausrichtung einer Winterzulage an Arbeitslose vom 31. Dezember 1920. Er ermächtigt die Kantone, die Unterstützungsansätze an gänzlich Arbeitslose für die Zeit vom 1. Januar 1921 bis 2. April 1921 um höchstens

20 % zu erhöhen. An diese Zulage leistet der Bund 50 %; der Rest entfällt auf den Wohnsitzkanton, der die Wohnsitzgemeinden bis zur Hälfte des kantonalen Anteils belasten kann.

Für das Bundespersonal und die Auslandschweizer richtet der Bund, soweit er die Unterstützung solchen Personals allein zu tragen hat, eine Zulage von 20 % aus. Wenn er die Kantone ermächtigt, Zulagen auszurichten, so darf er selbst nicht zurückbleiben.

Die Winterzulage wird ausgerichtet in der Höhe von

	20 % in allen Gemeinden	20 % nur in Gemeinden der I. Kat.	10 %	8—20 % abgestuft
Zürich	x	—	—	—
Bern	—	x	—	—
Glarus	—	—	x	—
Zug	x	—	—	—
Solothurn	x	—	—	—
Basel-Stadt	x	—	—	—
Schaffhausen	x in einzelnen Fällen		—	—
Appenzell A.-Rh.	—	—	—	x
St. Gallen	—	—	—	x
Graubünden	x in Gemeinden, die darum nachsuchen			
Aargau	—	—	x	—
Thurgau	—	—	—	x
Wallis	—	—	—	x
Neuenburg	x	—	—	—
Genf	x	—	—	—
Total	8	1	2	4

15 Kantone

8 Kantone haben keine Zulage: Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Freiburg, Basel-Land, Appenzell I.-Rh. und Waadt.

2 Kantone haben noch nicht geantwortet: Luzern und Tessin.

Wir beehren uns, Ihnen hiermit von unserem Beschluss vom 31. Dezember 1920 betreffend Ausrichtung einer Winterzulage (Beilage) gemäss Absatz 3, Ziffer 1, des Bundesbeschlusses vom 3. April 1919 betreffend Beschränkung der ausserordentlichen Vollmachten des Bundesrates Kenntnis zu geben.

Bern, den 29. März 1921.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,
Der Bundespräsident: **Schulthess.**
Der Bundeskanzler: **Steiger.**

Beilage.

Bundesratsbeschluss

betreffend

Ausrichtung einer Winterzulage an Arbeitslose.

(Vom 31. Dezember 1920.)

Der schweizerische Bundesrat,

gestützt auf den zweiten Absatz von Ziffer I des Bundesbeschlusses vom 3. April 1919 betreffend Beschränkung der ausserordentlichen Vollmachten des Bundesrates,

beschliesst:

1. Die Kantone werden ermächtigt, die in Art. 8 des Bundesratsbeschlusses vom 29. Oktober 1919 betreffend Arbeitslosenunterstützung aufgestellten Unterstützungsansätze zur Ausrichtung einer Winterzulage an gänzlich Arbeitslose für die Zeit vom 1. Januar 1921 bis 2. April 1921 um höchstens 20 % zu erhöhen.

2. Der Bund leistet an diese Winterzulagen einen Beitrag von 50 %. Der Rest entfällt auf den Wohnsitzkanton; dieser kann die Wohnsitzgemeinden bis zur Hälfte des kantonalen Anteils belasten.

3. Dieser Beschluss tritt am 1. Januar 1921 in Kraft und dauert bis Samstag, den 2. April 1921.

Bern, den 31. Dezember 1920.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Motta.

Der Bundeskanzler:

Steiger.

**Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über den Bundesratsbeschluss vom
31. Dezember 1920 betreffend Ausrichtung einer Winterzulage an Arbeitslose. (Vom 29.
März 1921.)**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1921
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	13
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	575
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	30.03.1921
Date	
Data	
Seite	481-483
Page	
Pagina	
Ref. No	10 027 883

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.